

Die Zeit drängt – Ganztagsanspruch muss gelingen

Stellungnahme zur Anrufung des Vermittlungsausschusses des Bundesrates zum Ganztagsförderungsgesetz

Der Bundesrat hat die Zustimmung verweigert, den Gesetzentwurf zur ganztägigen Bildung und Förderung von Kindern im Grundschulalter zu verabschieden. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist zentral verankert, einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder als Ergänzung zum Besuch der Grundschule (1.-4.Klasse) zu realisieren. Kurz vor Ende der aktuellen Legislaturperiode wurde dieses dringend notwendige Vorhaben in die Hände des Vermittlungsausschusses gelegt. Dieses gemeinsame Gremium von Bundesrat und Bundestag soll zum Gesetz eine annehmbare Lösung für Länder und Bund erarbeiten.

In der Bundesarbeitsgemeinschaft „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ sind die verschiedenen Akteur*innen des Systems der Kindertagesbetreuung in Deutschland organisiert: Praktiker*innen aus dem Feld der Kindertagesbetreuung, Vertreter*innen der Administration, der Träger, Fachberatung und Fortbildung, Lehrende der Berufsfachschulen, Fachschulen, Hochschulen und Universitäten, Vertreter*innen der Verbände, der Gewerkschaften und der Politik. In der Arbeitsgemeinschaft „Kinder zwischen 6 und 12 Jahren“ liegt das Augenmerk auf der mittleren Kindheit und somit auf der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder im Grundschulalter.

Wir fordern Bund und Länder eindringlich auf das Gelingen des Rechtsanspruches auf ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter bis September 2021 sicherzustellen.

Wie in unserem Positionspapier vom Dezember 2020 zum Rechtsanspruch formuliert ([BAG BEK AG Kinder 6-12 Jahre Positionspapier Rechtsanspruch.pdf \(bag-bek.de\)](https://www.bag-bek.de/Positionspapier_Rechtsanspruch.pdf)) „müssen praktisch, fachlich und politisch Verantwortliche im Interesse aller Kinder gemeinsam handeln. Unser gemeinsames Ziel ist die gute Entwicklung und Bildung eines jeden Kindes – von seiner Geburt an und nun mit besonderem Fokus auf die mittlere Kindheit.“ Wir brauchen jetzt ein Zeichen FÜR die Kinder und Familien:

Der Ganzttag darf nicht an der Finanzierungsfrage scheitern:

Ganzttag ist kein Wunschprogramm des Bundes, sondern ein Muss bei der Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle Kinder - ein Kinderrecht.

Investitionen von Bund und Ländern zahlen sich wirtschaftlich aus:

Einerseits wird Eltern ermöglicht, sich wirtschaftlich besser aufzustellen, indem beide Elternteile und auch Alleinerziehende an der Erwerbsarbeit teilhaben können. Andererseits darf erwartet werden, dass bei guter Qualität im Ganzttag auch bessere Bildungsbiographien für alle Kinder ermöglicht werden können.

Die Corona-Pandemie ist für Kinder noch immer eine Belastung:

Chancengleichheit muss mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern und den unterschiedlichen Ministerien ermöglicht werden. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft, um sozialen Zusammenhalt und Innovationsvermögen für eine gemeinsame Zukunft. Selbst wenn Infektionszahlen sinken, bleiben die Zäsuren in den Lernbiographien der Kinder.

Eine gemeinsame Fachkraft-Qualifizierungsinitiative kann Arbeiten auf Augenhöhe ermöglichen:

Es bedarf einer spezifischen Ausbildung und Qualifizierung im Lehrerkollegium und bei den pädagogischen Fachkräften. Ziel muss eine gelingende gemeinsame Arbeit im Team sein, die Ausgangspunkt für eine gute Qualität im Ganztage für Kinder im Grundschulalter ist.

Die Zusammenarbeit braucht einen Kulturwandel:

Die Entwicklung des Ganztages muss von Jugendhilfe und Schule gemeinsam gelingen und darf nicht nur aus dem Blick der jeweiligen Institutionen geführt werden. Dafür brauchen die Akteurinnen und Akteure an Grundschulen eine moderierende Begleitung bei der Organisationsentwicklung hin zu einer ganztägigen Bildung in multiprofessionellen Teams. Die enge Zusammenarbeit und Verzahnung der Kultus- und Sozialministerien der Länder muss dafür beispielgebend wirken.

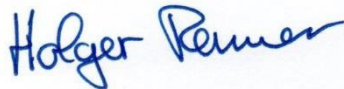
Das Sprecher*innen-Team im Namen der AG „Kinder zwischen 6 und 12 Jahren“

Freiburg/ Frankfurt 20.08.2021

Ulrike Glöckner



Holger Renner



Elisabeth Späth



Vorstand BAG BEK:

Prof. Dr. Tina Friedrich

Prof. Dr. Susanne Viernickel

Prof. Dr. Rahel Dreyer